

# Neue Zürcher Zeitung

## und schweizerisches Handelsblatt

Täglich 3 Ausgaben

Redaktion u. Expedition: Fallenstr. 11  
Zürcher-Abteilung: Postfach VIII/5602  
Druckerei: Goethestr. 10, Postfach VIII/5144  
Administration: Theaterstr. 3, VIII/645  
Telephon: 27.100, Hauptpostfach Nr. 660 und 922

Annoncen:

Die einseitige Grundzelle . . . . . 60 Rp.  
Lokale Geschäftsverhandlungen . . . . . 50 Rp.  
Anzeigen ausländischer Ursprungs . . . . . 75 Rp.  
Reklamen per Zeile . . . . . Fr. 2.50

Annoncen-Abteilung: Theaterstr. 3, Postfach Nr. VIII/1264  
Filiale: Bahnhofstr. 70

Abonnemente:	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Zürich bei der Administration oder Ablage	Fr. 2.80	6.80	12.50	25.—
Durch die Aussträger ins Haus gebracht	3.30	8.60	16.20	31.—
Schweiz Bestellung beim Postbureau	3.30	9.—	16.50	32.—
Weg unter Privatadresse (Streifband)	4.—	11.50	22.50	44.—
Ausland (ausgen. Brit. Reich u. U. S. A.) Bestellung und Auskunft über Preis beim Postbureau	6.50	18.—	34.50	68.—
Weg unter Privatadresse (Streifband)				

### Das Ergebnis von Nantes Auf dem Weg zur Staatsreform

Paris, 29. Okt. (Tel. unferes \*-Korr.) Der Ausgang des radikalen Parteikongresses hat Frankreich vor einer Krise bewahrt, die politisch und wirtschaftlich unübersehbare Wirkungen hätte haben können. Da niemand außer den Umstürzern, den Landesfeinden und den Spekulanten an einer Krise ein Interesse hatte, weiß die öffentliche Meinung den Radikalen Dank, und namentlich die ebenförmige wie taktisch überlegene Haltung Herrots findet auch in der Rechtsprelle allgemeine Anerkennung. Aus einem Parteimann ist Herrrot zum Staatsmann geworden, und dieses erhöhte persönliche Ansehen ist wertvoll in einem Augenblick, in dem Frankreich mehrere seiner besten Politiker verloren hat und sich vielleicht schon in den nächsten Monaten vor die Frage nach einem geeigneten Nachfolger Doumergues gestellt sieht.

Die Radikale Partei bewies in Nantes, daß sie aus den politischen und wirtschaftlichen Ereignissen gelernt hat und sich des Ernstes der internationalen Lage bewußt ist. Die persönlichen Fragen traten in erfreulicher Weise in den Hintergrund, und wenn der Kongreß Männern wie Chaumemps, Albert Sarraut und Daladier die Gewißheit gab, daß die Anklagen und Schmähungen gewisser Rechtsblätter das Vertrauen bei den Parteigenossen nicht vermindert haben, so wollten auch die Leidenschaftlichen nicht, daß die Radikale Partei die Verantwortung für den Bruch des Burgfriedens auf sich nehme. Dieser Burgfriede ist in der Parteierklärung nicht ausdrücklich erwähnt worden; aber der ganze Verlauf des Kongresses ist ein Beweis, daß die Radikale Regierungspartei bleiben und sich mit den ihnen durch die Verhältnisse angewiesenen Räcken begnügen wollen. Cudenet, der schon in Clermont-Ferrand den Austritt aus der Nationalen Union gepredigt hatte, leistete in Nantes so wenig wie damals die Jungradikale Folge und seine Zweigpartei der Pelletanisten bleibt eine Fehlgeburt. Die Direktiven, welche der Kongreß den radikalen Ministern für ihr Verbleiben im Kabinett erteilt hat, sind elastisch bis auf den einen Punkt, der die Uebertragung des Auflösungsrechts der Kammer an eine einzige Person ausschließt. Hier liegt zweifellos der positive Erfolg, den die Kongresslisten nach Hause bringen, denn es läßt sich nach der schwachen Reaktion der Verteidiger dieses Postulates von Doumergue nicht annehmen, daß der Ministerpräsident die Existenz des Kabinetts dafür aufs Spiel setzen werde. Eine Staatsreform wollen auch die Radikalen, und darin kann der Ministerpräsident seinerseits eine Genugtuung sehen. Daß der Kongreß das Referendum in Vorschlag bringt, welches Doumergue aus dem Plane Tardieus nicht zu übernehmen wagte, erleichtert in hohem Maße den Kompromiß. Es wird sich dabei natürlich nicht um das weit ausgebaute schweizerische Referendum handeln können, sondern um die einfache Möglichkeit für den Ministerpräsidenten, bei Konflikten zwischen Regierung und Kammer von Fall zu Fall die Wählerschaft zu einem sachlichen Entscheid heranzuziehen. Wenn das Referendum auch nicht ganz die Auflösung der Kammer ersetzen kann, so wirkt es doch mächtig für das Parlament im Falle gehäufte ministerieller Schwierigkeiten.

Man hat auch geltend gemacht, daß die Parteierklärung der Radikalen den Gang nach Versailles mit Schweigen übergehe. Angesichts der Schlußfolgerungen des Richterfatters Cornu und der Tragweite der von den Radikalen selbst in Vorschlag gebrachten Reformen aber kann eine Einberufung der

**Rationalversammlung nicht umgangen** werden. Nur das Datum und der Ort bleiben Sache der politischen Opportunität. Vielleicht wird Doumergue beantragen, die Verfassungsrevision während der nächsten Monate ausreifen zu lassen und zunächst die Neuordnung der parlamentarischen Arbeitsmethoden vorzunehmen, welche eine interne Angelegenheit der Kammer und des Senates bilden. Besteht aber der Ministerpräsident auf der jeglichen Einberufung der Rationalversammlung, so kann durch einfachen gesetzgeberischen Akt Paris als Tagungsort Versailles substituiert werden (gemäß einer Erklärung vom 22. Juli 1879). Es liegt auf der Hand, daß eine Verfassungsdebatte außerhalb der Hauptstadt wegen der damit verbundenen ministeriellen Schwierigkeiten keine günstige Atmosphäre für ein langatmiges Unternehmen schafft und zu illegalen Ueberraschungen führen kann. Da namentlich das Beamtenstatut eingehende Beratungen erfordert, die sich auch in Versailles bei dem Recht jedes einzelnen Mitgliedes der Rationalversammlung auf Änderungsanträge tagelang hinzuziehen wird, erscheint eine Deplacierung von 900 Senatoren und Abgeordneten eine unzweckmäßige Prozedur. Die Rationalversammlung würde im Trocadero ruhiger und unabhängig von äußeren Einflüssen arbeiten können.

Man hat gesagt, daß die Schwierigkeiten von Nantes einfach nach Paris in den Ministerrat verlegt worden seien und die radikalen Delegierten die Verantwortung von sich auf die Schultern der vier Minister im Kabinett gewälzt hätten. Das wäre richtig, wenn Doumergue schon das letzte Wort gesprochen und seine Staatsreform in allen Einzelheiten bekannt gegeben hätte; so aber bleibt der

**Kompromiß das Wahrscheinliche**  
Gaston Doumergue ist ein zu gewissenhafter und erfahrener Republikaner, als daß er den weisen Rat des Senates, der in Nantes die Radikalen vor einem Abenteuer bewahrt hat, und die hervorragenden Bemühungen Herrrots einfach in den Wind schlagen und ein non possumus sprechen wird. Er, der ohne persönlichen Ehrgeiz dem Ruf der Patrioten gefolgt ist und ein für seine Jahre beinahe allzu schweres Amt übernommen hat, wird sich nach dem Wohl des Landes richten. Wir wollen alles tun, um die Stabilität der Regierung zu erhöhen, der heutigen wie der nachfolgenden, haben die Radikalen in Nantes erklärt. Tardieu als markantester Ruderer nach einer Staatsreform kann sich über die grundsätzliche Zustimmung der Radikalen befriedigt erklären, in der sie das Referendum als einen persönlichen Sieg — gegenüber seinen eigenen Parteigenossen — erblicken. Von Flaudin und Louis Marin weiß man, daß sie grundsatztreue Parlamentarier sind und jedes persönliche Regime verpönnen. Im „Zutrankeant“ spottete Bailly über die Furcht der Radikalen wegen eines neuen Boulangismus, aber das Argument, das er für die alleinige Vollmacht des Ministerpräsidenten ins Feld führt,

wirkt nicht überzeugend: „Kein anderes Land“, schreibt er, „überträgt den Entscheid über die Auflösung des Parlamentes einer ersten Kammer.“ Aber vielleicht liegt gerade darin das Geheimnis der Stabilität der republikanischen Einrichtungen während sechzig Jahren. Das Auflösungsrecht besteht seit 1875; aber wenn sich die Präsidenten der Republik seiner nicht bedient haben, kann ihm auch keine politische geschweige denn wirtschaftliche Wunderwirkung anhaften.

Die öffentliche Meinung, welche durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vor allem absorbiert ist und von einer aktionsfähigen Regierung auf diesem Gebiet dringende Maßnahmen fordert, würde es nicht billigen, daß eines politischen Verfassungsstreites wegen, der sie nicht tiefer bewegt, der Burgfriede gestört und das begonnene Werk des Kabinetts Doumergue vernichtet würde. Die erfreulichen Perspektiven, die der Kongreß von Nantes eröffnet hat, dürfen heute verzeichnet werden, ohne daß man in den nächsten Tagen ein Dementi befürchten muß. Die Radikalen, die sich der wirtschaftlichen und internationalen Hintergründe der heutigen Notlage bewußt waren, haben sich, wie es das Temperament der Franzosen ist, leidenschaftlich in der Kritik, aber vorsichtig und vernünftig in der Tat gezeigt.

### Die Wahllisten in der Saar Hunderttausend Einsprachen

Saarbrücken, 29. Okt. ag (Havas) Die Gesamtzahl der Einsprachen gegen die Listen der Stimmberechtigten übersteigt 100 000. Es sind drei Arten von Beschwerden vorhanden: Erstens solche, die die Streichung von Stimmberechtigten verlangen, es handelt sich um 40 766 Begehren. Ferner Reklamationen, die die Berichtigung von Fehlern in der Rechtschreibung der Namen und Ortsbezeichnungen verlangen und schließlich Einsprachen, die die Eintragung in die Listen fordern. Diese letzten Reklamationen stammen von Wählern, die übergegangen worden sind oder sich Übergangem fühlen. In den Kreisen der Abstimmungskommissionen wird angenommen, daß die 100 000 Beschwerden bis zum 9. November geprüft und erledigt werden können.

### Rundgebung für die Nationale Regierung Englands

London, 29. Okt. (Tel. unferes \*-Korr.) Das nationale Labour-Komitee, d. h. die Exekutive der Labourgruppe, die nach wie vor MacDonald als Führer anerkennt, hatte heute am Vorabend des Wiederzusammentritts des Parlamentes die Mitglieder der Regierung und einige hundert andere Gäste zu einem Bankett eingeladen. Zweck der Veranstaltung war, für die Sache der Nationalen Regierung zu demonstrieren. Der Premierminister sprach als erster Redner von dem großen Risiko, das Großbritannien seinerzeit auf sich genommen hatte, es, um den anderen Nationen die Aufrichtigkeit des britischen Abrüstungswillens zu bekunden, seine Rüstungen auf ein Minimum habe sinken lassen. Wir haben eine internationale Konferenz nach der ändern beschickt und durften den ändern immer freimütig in die Augen blicken. Von den ändern aber ließen sich nicht alle wie wir von der Liebe zum Frieden leiten. Wir sahen zu, wie unsere Verteidigungsmittel immer geringfügiger wurden, weil wir hofften, daß es mög-

lich sein werde, die Bewegung zur endgültigen Sicherung des Friedens zum Ziele zu führen. Mit diesem Passus wandte er sich vor allem an die Opposition, die die Aufrichtigkeit der Friedenspolitik der Regierung angezweifelt.

Im Anschluß daran sprach MacDonald auch über die „Aufuhrbill“, die nach wie vor nicht nur von der Opposition, sondern auch von unabhängigen Persönlichkeiten, namentlich aus Universitätskreisen, angegriffen wird. MacDonald machte geltend, daß sie einzig und allein die Erhaltung der demokratischen Freiheiten zum Ziele setze.

Baldwin und Sir John Simon, die nachher sprachen, setzten sich für die Fortführung des gegenwärtigen Regierungssystems ein. Beide sprachen sich mit aller Deutlichkeit gegen den Parteienkampf aus.

### Polen und Danzig

Im Zusammenhang der deutsch-polnischen Annäherung, die in diesen Tagen durch die Erhebung der beiderseitigen Gesandtschaften in Berlin und Warschau zum Range von Völkstaaten wieder betont wurde, spielt die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Polen und der Freien Stadt Danzig eine große Rolle. Die „Kölnische Zeitung“ weist nun auf eine Sondernummer des zum Regierungslager gehörenden polnischen Blattes „Przeglad Polski“ hin, die diesem Verhältnis gewidmet ist und wegen ihrer politischen Tendenz nach der Meinung des rheinischen Organes größte Beachtung verdient. Das Charakteristische an dieser Tendenz ist die Tatsache, daß aus der wirtschaftlichen Verständigung zwischen Danzig und Polen politische Schlußfolgerungen im Sinne der polnischen Wünsche gezogen werden. Minister Papée, der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, hat für die Sondernummer des „Przeglad Polski“ ein Geleitwort geschrieben, in dem er erklärt, Danzig wachse hinein in den polnischen Wirtschaftsorganismus und gleichzeitig habe die polnische Minderheit in der Freien Stadt ihr eigenes Statut erhalten, das ihr Recht sichere. Das Hineinwachsen Danzigs in den polnische Wirtschaftsgebiet wird auch sonst stark betont und damit begründet, daß die Freie Stadt vor allem durch Ödungen vor die Alternative gestellt worden sei, zu Grunde zu gehen oder sich einzuflügen; heute bestreite niemand mehr, daß sie bereits ein integrierender Bestandteil des polnischen Wirtschaftsorganismus sei, und zur Bestätigung dieser Feststellung beruft sich der „Przeglad Polski“ hin, die Erklärungen des Danziger Gauleiters Forster, wonach die Nationalsozialistische Partei in Danzig niemals eine Revision des Danziger Statuts erstrebt habe und auch in Zukunft nicht beabsichtige. Das bedeutet die Anerkennung der Abtrennung der Freien Stadt vom Deutschen Reich durch die Nationalsozialisten von Danzig und während gewisse polnische Stimmen über die Ernsthaftigkeit dieses Verzichts auf Revisionsbestrebungen noch Zweifel ausdrücken, bemüht sich der „Przeglad Polski“ offensichtlich, die Erklärung Forsters als glaubwürdig und endgültig darzustellen und auf Grund dieser „vollendeten Tatsache“ auch gleich eine Reihe von politischen Forderungen anzumelden.

Die politischen Forderungen beziehen sich auf das seinerzeit abgeschlossene Mindereheitenabkommen und auf die Schlußfrage, die nach polnischer Auffassung nicht befriedigend geregelt sind und der stark betonten Bedeutung

### Wiatsheslaw Iwanow

hth. Wiatsheslaw Iwanow \*) gehört mit Nicolai Berdjajew, Sergius Bulgakov, Nicolai Losski u. a. zu den repräsentativsten russischen Denkern der Gegenwart, die, fern ihrer Heimat wirkend, eine große religionsphilosophische, eng mit Wladimir Solowjow verbundene Tradition veresporn und weiterbilden. In einem reichen, bekenntnißhaften Brief an Charles du Bos hat Iwanow seine Mission darin erblickt, ein vermittelndes Glied zwischen Orient und Okzident zu sein, eine Aufgabe übrigens „qui parait indiquée par la Providence aux chrétiens en exil.“ — Die Natur hat Iwanow als Gelehrten, Philosophen und Dichter mit gleich reichen Gaben ausgestattet. Und diese Gaben sind von einer bestimmten Formkraft geprägt: von einem religiösen Bewußtsein. Russen — etwa Fedor Stepan — neigen dazu, in seinem dichterischen Werk den vollkommensten Ausdruck zu erblicken. Wer der russischen Sprache nicht kundig ist, wird vor allem den Philosophen und Kulturkritiker schätzen. Im Jahre 1920 hielt sich das Freundespaar, der russisch-jüdische Literaturhistoriker und Philosoph Michael Gerschenon und Iwanow in einem Moskauer Erholungsheim „Für Arbeiter der Wissenschaft und Literatur“ auf. Die Freunde bewohnten gemeinsam ein Zimmer. Es

entspann sich, vermutlich damit keine Störung entstände, ein „Briefwechsel zwischen zwei Zimmerweibern“, der, von Nicolai v. Bubnow übertragen, 1926 in der Ruberschen Zeitschrift „Die Kreatur“ erschienen ist. Dieser berühmte, ins Französische, Italienische und Spanische übersehte Briefwechsel enthält wohl das Wesentlichste für die Kenntnis von Iwanows Denken. In Sonderheit wird man vieles, was Iwanow in sein Buch über „Dostojewskij. Tragödie — Mythos — Mystik“ (deutsch 1932), was wohl mit Recht an der Spitze des Schrifttums über den russischen Dichter steht, hineingearbeitet hat, in diesem Briefwechsel finden.

Iwanow bekennt, er sei gewohnt, im „Walde der Symbole zu wandern“. So können sich denn die Menschen keine bessere Gabe darbringen, „als die überzeugend klare Kunde ihrer — wenn auch nur — Borahnungen oder Anfänge eines höheren geistigen Bewußtseins“. Diese Kunde von sich gibt der Mensch in Symbolen, in Zeichen also, die auf die letzte Wirklichkeit hinweisen. Das in Symbolen „Gemeinte und Angespörene“ ist aber nie eindeutig, vor allem nicht mit rational-logischer Nötigung verstehbar.

Ein Zeichen kann für verschiedene Inhalte stehen. Seinen tiefsten Sinn aber erhält es, wenn es die religiöse Wirklichkeit „meint“. Der religiöse Symbolismus gibt, wie Stepan schon sagt, die Dinge der Welt an Gott zurück (vergl. Stepanus Aufsatz über Iwanow im „Hochland“, Januarheft 1934). Auf Grund dieses religiösen Symbolismus begreift Iwanow Dostojewskij. Sein Werk symbolisiert die „souveräne Tragödie“, die daraus entsteht, daß sich das nur gott-

ähnliche Geisteswesen, der Mensch, in schuldhafter Hybris, für Gott selbst hält. Das Innerste des Menschen ist, um mit Dostojewskij zu reden, sein „Herz als Feld, auf dem sich Gott und Teufel zum Zweikampf gegenüberstehen.“ „Denn hier“, sagt Iwanow, „fällt der Mensch sein Urteil über die ganze Welt, in dem er sich für das Sein, d. h. in Gott sein, oder für das Nichts, d. h. für die Flucht vor Gott ins Nichtsein, entscheidet.“

In dem Brief an einen seiner französischen Uebersetzer, an Charles du Bos, wie auch im letzten Brief an Gerschenon, schildert Iwanow seine religiös begründete Auffassung vom Sinn der Geschichte. An du Bos schreibt er: „Was man gegenwärtig allgemeine Kultur nennt, ruht in meinen Augen auf der fortgesetzten Tätigkeit des Gedächtnisses, durch welches die unerchaffene Weisheit die Menschheit dazu führt, die Instrumente der Auflösung — den Raum, die Zeit, den trägen Stoff — zu verwandeln in Instrumente der Einigung und der Harmonie und sie zurückzufordern für ihre Bestimmung, die dem göttlichen Urbild der vollkommenen Schöpfung gemäß ist. Jede große Kultur ist eine Verkörperung einer spirituellen Tatsache und diese ist ein Akt und einzelner Aspekt der Offenbarung des Wortes Gottes in der Geschichte. Und darum kann jede Kultur nur der Ausdruck einer religiösen Idee sein, welche deren Kern ist.“ Ueberwindung der menschlichen Unvollkommenheit durch Vollkommenheit, „Liebenswerte Einfachheit“, ist das Ziel. Aber der Weg zu dieser ersehnten Einfachheit führt durch die Komplexiertheit. „Nicht durch den Austritt aus dem gegebenen Milieu oder Land, heißt es an Gerschenon, wird sie erlangt, sondern durch den Aufstieg. In jedem Ort ist

Wethel und die Stufenleiter Jakobs, in jedem Zentrum eines beliebigen Horizontes. Das ist der Weg der wahren und schöpferisch werktätigen Freiheit.“

Wir geben Iwanow selbst das Wort, indem wir einen charakteristischen Abschnitt des 5. Briefes abdrucken: „Der an Gott glaubende Mensch wird um seinen Preis damit einverstanden sein, seinen Glauben für einen Teil der Kultur anzuerkennen; dagegen wird er von der Kultur gefnechtete Mensch letzteren unvermeidlich für ein Kulturphänomen erachten, wie immer er seine Natur näher bestimmen mag — ob als vererbte Vorstellung und historisch bedingten Psychologismus, oder als Metaphysik und Poesie, oder als soziomorphische Triebfeder und sittlichen Wert. Alles mögliche wird er in diesem Glauben erblicken, ihn aber unabänderlich in den für ihn das gesamte Geistesleben umfassenden Kreis der Kulturerscheinungen einführen und niemals dem Glauben zustimmen, daß sein Glaube etwas außerhalb der Kultur Liegendes, Selbständiges, Einfaches und Ursprüngliches sei, das keine Persönlichkeit mit dem absoluten Sinn unmittelbar verbinde. Denn für den Gläubigen ist der Glaube seinem Wesen nach von der Kultur getrennt, wie die Natur und die Liebe von ihr getrennt sind... Also?

\*) Prof. W. Iwanow wird heute Dienstag, 20 1/2 Uhr, im Zunfthaus zur Saffran einen Vortrag „Ueber die geistigen Grundtendenzen der Zeit“ halten. Der Vortrag ist veranstaltet worden von der Akademischen Gesellschaft „Renaissance“.

\*) Vergl. „N. Z. Z.“ 1932 Nr. 414.

der polnischen Minderheit als kultureller Faktor nicht gerecht werden. Polen verlangt also gegenüber der vernationalsozialistischen Aera eine Verbesserung; umgekehrt aber erhebt der „Przeglad Polski“ die Forderung, daß jetzt der letzte Rest der deutschen Propaganda gegen den Korridor zu verschwinden habe. Es gehe zum Beispiel nicht mehr an, daß von der Danziger Verkehrgesellschaft Postkarten vertrieben würden, auf denen höchst dargestellt werde, welche Unzuträglichkeiten aus der Abschneidung Ostpreußens durch den Korridor entstünden. „Alles in allem also“, bemerkt die „Kölnische Zeitung“ zu den Ausführungen des „Przeglad Polski“, „ein Versuch, an die wirtschaftlichen Abmachungen zwischen Danzig und Polen, durch die die Existenzmöglichkeit der Danziger Wirtschaft gesichert werden soll, politische Schlussfolgerungen zu knüpfen, die in der Welt den Eindruck erwecken müssen, als vollziehe sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch ein Aufgehen Danzigs in Polen. Diesem falschen Eindruck von Anfang an entgegenzutreten, ist Pflicht gerade dann, wenn man aufrichtig die polnische Absicht begrüßt, die bisher der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Danzig und Polen entgegenstehenden Hindernisse fortzuräumen.“

Bei der Zurückhaltung, die sich die deutsche Presse gegenüber Polen im Interesse der außenpolitisch wünschenswerten und für das Dritte Reich in seiner Isolierung notwendigen guten Beziehungen auferlegt, sind die kritischen Äußerungen über die polnischen Absichten in Deutschland sonst selten. In den Bemerkungen der „Kölnischen Zeitung“ kommt, obwohl das rheinische Blatt die Zurückweisung der Forderungen des „Przeglad Polski“ als eine Selbstverständlichkeit darstellt, eine gewisse Besorgnis über die Entwicklung in Danzig zweifellos zum Ausdruck. Zwar wird die Vorstellung vom „politischen Aufgehen“ der Freien Stadt im polnischen Staat zum vornherein zum „falschen Eindruck“ gestempelt; aber es ist keineswegs ganz so sicher, ob nicht die Gefahr, die mit diesem Wort für den Augenblick abgetan wird, für eine spätere, vielleicht für eine nahe Zukunft doch besteht und bei einer dauernden Entwicklung im heutigen Sinne zusehends größer wird. Darüber kann kein Zweifel sein, daß unter der Decke freundschaftlicher Beziehungen sich Deutschland und Polen weiter argwöhnisch beobachten und versuchen werden, den jeweils günstigsten Zeitpunkt für die Verwirklichung ihrer sehr verschiedenen und in manchen Punkten geradezu entgegengesetzten Ziele wahrzunehmen. Der Verzicht Deutschlands auf seine Forderung nach Revision in den Fragen Danzigs und des Korridors ist keineswegs so endgültig, wie der „Przeglad Polski“ anzunehmen scheint oder aus bestimmten Gründen glaubhaft zu machen sucht. Wenn die Nationalsozialisten im Reich und in Danzig ihre Forderungen zurückstellen, so geschieht das in der Hoffnung, daß bei möglichst vorsichtiger Taktik in der Gegenwart die Gesamtlage sich von Grund auf wandeln könne und daß dann die Zeit zum Abprüfen und zur Inangriffnahme der deutsch-polnischen Frage mit Einschluß Danzigs und des Korridors günstiger sei. Auf polnischer Seite sucht man umgekehrt die günstige Gegenwart zu nützen und unter extensivster Auslegung der deutsch-polnischen Verständigung möglichst viele praktische Vorteile zu erreichen — in der Hoffnung, daß man damit die eigene Position festigen könne und Deutschland bei der politischen Konstellation, wie man sie sich in Warschau vorstellt, überhaupt eine Gelegenheit zum Abprung nicht mehr finden werde.

Wenn die polnische Rechnung in Erfüllung gehen sollte, dann würde allerdings die deutsche Position in Danzig letzten Endes eine entscheidende Schwächung erfahren und die Freie Stadt müßte infolge der wirtschaftlichen Verflechtung auch zum politischen Aufgehen in Polen gezwungen werden. Daraus erklärt sich der fühlbar besorgte Unterton in den erwähnten Bemerkungen der „Kölnischen Zeitung“.

## Die kroatische Emigration

Wien, 29. Okt. (Tel. unjeres wg.-Korr.) Die auf Wunsch Jugoslawiens eingeleiteten Nachforschungen gegen den ehemaligen Oberleutnant der kaiserlichen Armee, den kroatischen Emigranten Perchewitsch, haben kein belastendes Material ergeben. In der Wohnung des früheren Offiziers, der seit Jahren in Wien lebt, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, weil einer der in Frankfurt verhafteten Terroristen die Behauptung aufgestellt haben soll, Perchewitsch hätte sich an der Beschaffung der falschen tschechoslowakischen Pässe beteiligt. Der Kroat befand sich zur Zeit des Marzfeiler Attentates bei Verwandten am Gardasee auf italienischem Boden. Das negative Ergebnis der Untersuchung wird den jugoslawischen Behörden mitgeteilt. Nach offiziellen Blättern, die besonders die Tapferkeit des Offiziers hervorheben, habe der Emigrant die staatsrechtliche Entwicklung Jugoslawiens

niemals anerkannt. Nach der amtlichen „Wiener Zeitung“ gehörte Perchewitsch, dessen Verhaftung und Auslieferung von der belgischen Regierung schon öfter gefordert wurde, zur kroatischen Legationspartei, die in keinem Zusammenhang mit den anderen kroatischen Emigranten stehe. Die klerikale „Reichspost“ erklärt kategorisch, trotz gewissen Einschüchterungsversuchen werde Oesterreich am Abschluß eines freien und unabhängigen Staates zur Aufnahme von ehrenhaften Ausländern festhalten.

## Deutschland

### Der Zwang beim Winterhilfswerk

Neben den Previsionsmitteln, die von lokalen Organisationen des Winterhilfswerks und der Nationalsozialistischen Partei angewendet werden und für die in Nr. 1944 der „R. Z.“ ein Beispiel berichtet wurde, existieren allgemein verbindliche Bestimmungen des Reichsbeauftragten für das Winterhilfswerk, durch die auf die Bevölkerung ein Zwang von der durchgreifenden Wirkung einer gesetzlichen Regelung der Pflicht zum Spenden ausgeübt wird. Für den Erwerb der sogenannten „Monatsfürplakette“, die eine Art von Bescheinigung für die gebrachten Opfer darstellt und den Bürger oder die Firma von weiteren größeren Leistungen, wenn auch nicht von jeder Behelligung durch „zusätzliche“ Sammlungen befreit, sind jetzt durch den Reichsbeauftragten Mindestsätze für die Spenden bekanntgegeben worden, die sich von Steuerfällen nur noch der Form nach unterscheiden. Nach der „Essener „National-Zeitung“ erwirbt man einen Anspruch auf die Plakette, die an der Wohnungstür angebracht wird und dann als Schutz gegen die Heimsuchung durch die Sammler dient, durch folgende Leistungen:

Als Lohn- und Gehaltsempfänger, wenn man in den Monaten Oktober, November und Dezember 1934 eine Abgabe von zwanzig Prozent und in den Monaten Januar, Februar und März von fünfzehn Prozent der Lohnsteuer an das Winterhilfswerk entrichtet. Personen, die wegen zu geringen Einkommens zu der Steuer nicht herangezogen werden, zahlen monatlich 25 Pfennig.

Zeitbesoldete, die neben der Lohnsteuer auch zur Einkommensteuer herangezogen werden, zahlen zu den 15 oder 20 Prozent von der Lohnsteuer noch eine monatliche Abgabe von drei Prozent des für das Jahr 1933 veranlagten Einkommensteuerbetrages. Gewerbetreibende und Angehörige der freien Berufe werden nach demselben Grundlag behandelt.

Kapitalgesellschaften, namentlich die Aktiengesellschaften, haben im Laufe der sechsmonatigen Dauer des Winterhilfswerks insgesamt zwanzig Prozent von den ihnen auferlegten Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer zu entrichten oder, wenn im letzten Jahr ein Geschäftsgewinn nicht erzielt wurde, ein halbes Promille vom Reinvermögen nach der letzten Bilanz zu bezahlen.

In den Bestimmungen des Reichsbeauftragten heißt es ausdrücklich, daß die genannten Sätze lediglich Mindestsätze seien, deren Zahlung zum Erwerb der Monatsfürplakette genüge; es wird jedoch die bestimmte Erwartung ausgesprochen, daß das von den Einzelpersonen und Firmen zu bringende Opfer in einem angemessenen Verhältnis zur tatsächlichen Leistungsfähigkeit stehe. Von den sogenannten „Eintopf-Sammlungen“ ist man auch durch den Besitz der Plakette nicht befreit.

### Wiedereinsetzung v. Sodens

An der Universität Marburg ist der Theologieprofessor Hans v. Soden, der namentlich durch seine Publikationen über neutestamentliche Fragen bekannt ist und vor einiger Zeit im Zusammenhang mit dem protestantischen Kirchenstreit und der Kontroverse über den Arierparagrafen seiner Professur entbunden worden war, laut „Frankfurter Zeitung“ wieder voll in sein Amt eingesetzt worden.

## Oesterreich

### Die Vaterländische Front

Wien, 29. Okt. (Tel. unjeres wg.-Korr.) Der Bundeskommissär für den Heimatsdienst, Oberst Adam, hat sein Amt als Generalsekretär der „Vaterländischen Front“ heute angetreten. Gleichzeitig erfolgte, wie die „Reichspost“ berichtet, die Ernennung des früheren Bundesleiters Stephan zum Landeshauptmann der Steiermark. Der bisherige Landeshauptmann Dienstkleder übernimmt eine Professur für Kirchenrecht an der Universität Graz.

Oberst Adam hielt heute im Radio eine Antrittsrede über die Aufgaben der Vaterländischen Front, die er unter Hinweis auf die geltenden Gesetze genau begrenzte. Als einzige Organisation für die politische Willensbildung habe die Vaterländische Front die Pflicht, eine lokale Verbindung zwischen der Regierung und der Bevölkerung herzustellen. Die neuen Richtlinien fordern die Unterlassung jeder PreSSION, eine Verringerung der Zahl der Aufmärsche und eine Beschränkung der Front auf

stets geöffnet. Geht der eine heraus, so folgt ihm ein anderer. Vielleicht werden auch alle einer nach dem anderen herauswandern. Ohne den Glauben an Gott wird die Menschheit die verlorene Frische nicht wiederfinden. Es ist nutzlos, die veralteten Kleider abzuwerfen, man muß den alten Adam ablegen. Nur das lebendige Wasser verjüngt. Und das Ihnen vorschwebende Bild eines erneuerten Zusammenlebens „ohne Mäusen und Schriftzeichen“, so verlockend es auch sein mag, ist dennoch ein trügerisches Traumbild und eine décadence, wie jeder Rousseauismus, wenn die von Ihnen erträumte Menschenschärpe keine Gebetsgemeinschaft ist, sondern aus neuen Schöplingen ebenso verdorbener Menschen besteht, wie wir selbst sind.“

Biographische und bibliographische Angaben über Zwanow findet man in der französischen und italienischen Uebersetzung des Briefwechsels „Correspondance d'un coin à l'autre“ (Paris 1931 und Lanciano 1932), ferner in der Zeitschrift „Il Convegno“, deren Januarheft 1934 Zwanow gewidmet ist. Für das 6. Heft der „Corona“ hat Zwanow zwei russische Gedichte zu Goethes Tod übertragen und kommentiert.

ihren eigentlichen Zweck. Als Ziel wurde die politische Zusammenfassung aller Staatsbürger bezeichnet, die sich zum selbständigen christlichen, deutschen und berufständlich gegliederten Bundesstaat Oesterreich bekennen.

Bundeskanzler Schuschnigg und Vizekanzler Fürst Stachemberg wollen demnächst gemeinsam die Provinzhauptstädte besuchen, um eine Inspektion der territorialen Gruppen der Vaterländischen Front vorzunehmen.

### Die marxistische Agitation

Wien, 29. Okt. (Tel. unjeres wg.-Korr.) Die erhöhte Tätigkeit der Sozialrevolutionäre und Kommunisten nimmt ihren Fortgang. In den äußeren Bezirken Wiens werden Metallplättchen in der Form eines Komplexions mit dem marxistischen Zeichen der drei Pfeile verstreut. Auch sozialistische Flugzettel über das Ende der Christlichsozialen Partei finden Umlauf. Es wird angenommen, die Aktivität sei die Folge einer größeren Geldüberweisung der Zweiten Internationale an die neue geheime Sozialrevolutionäre Partei Oesterreichs, deren Propaganda verschiedene nationalsozialistische Methoden nachahmt. Polizei und Schutzkorps unternehmen auf Automobilen der Militärverwaltung besondere Streifzüge. Ein Mitglied des ehemaligen Vorstandes der Sozialdemokratie, Frau Postranek, die vor kurzem in Freiheit gesetzt wurde, ist wieder verhaftet worden.

## Finnland

### Tod des Erzbischofs

Helsingfors, 26. Okt. Mo. In Abo ist der Primas der finnischen lutherischen Staatskirche, Erzbischof Prof. Dr. Lauri Ingman, verstorben. Der Verstorbene war eine der markantesten Führergestalten des jungen Finnland. Als eifriger Patriot und konservativer Politiker war er mehrmals Vorsitzender des Reichstags und bekleidete in den ersten Selbstständigkeitsjahren verschiedene Ministerposten. Sein Spezialgebiet waren Kirchenrecht und Verfassungsfragen. Den Gebanfangen der „Deutschen Christen“ stand er scharf ablehnend gegenüber und suchte in letzter Zeit die finnische der anglikanischen Kirche zu nähern.

## London-Melbourne

### Nachzügler

London, 29. Okt. pt Die letzten Nachzügler des Luftrennens London-Melbourne, die Flieger Parer und Hemsworth (Neu-Guinea), die bisher durch wiederholte Motorpannen in Re Bourget festgehalten worden waren, haben am Montag ihren Flug nach Matzeille fortgesetzt. Sie sind nach wie vor entschlossen, nach Melbourne weiterzuziehen.

Der Flug, den der irische Flieger Oberst Fitzmaurice am Montag früh 7 Uhr vom Flugplatz Olympia antrat, um einen neuen Rekord für den australischen Flug aufzustellen, hat nur kurze Zeit gedauert. Fitzmaurice kehrte schon um 11.05 Uhr wieder auf den Flugplatz Olympia zurück. Er hatte in der Nähe von Wexford einen eigenartigen Unfall, indem sich das Flugzeug zum Teil vom Flugzeug losgelöst hatte und auf die Erde stürzte. Fitzmaurice zog es daher vor, zu dem englischen Startplatz zurückzukehren, um nicht eine gefährliche Landung auf einem ihm unbekanntem Flugplatz vornehmen zu müssen.

## Die „Protokolle der Weisen von Zion“ vor dem Berner Richter

Bern, 29. Okt. ag Der russische Schriftsteller Sergius Swanirow äußerte sich weiter über die Rolle, die Raschkowitsch, Direktor des Polizeidepartements in Petersburg, bei der Fälschung der zionistischen Protokolle spielte. Raschkowitsch ließ die Protokolle durch zwei Literaten herstellen. Der Urheber sei ein gewisser Solowinitsch, ein enger Mitarbeiter Raschkowitschs, von Beruf Journalist. Er arbeitete viel in der Nationalbibliothek, wo er auch die Schrift Jolys „Dialogue aus enfers entre Machiavelli et Montesquieu“ vorfand. Diese Schrift benutzte Solowinitsch bei der Herstellung der Protokolle als Quelle. Später wurden die Protokolle in großer Auflage gedruckt und verbreitet, besonders in Kiew und Charkow in den Jahren 1918 und 1919. Zweck der Protokolle war, die Schuld an der Oktoberrevolution und am Bürgerkrieg den Juden zuzuschreiben. Von Nilus weiß der Zeuge nicht viel. Nilus glaubte wahrscheinlich, die Protokolle, die er durch seine frühere Sekretäre erhielt, seien echt.

In der Nachmittags-Sitzung wurde die Zeugenvernehmung fortgesetzt. Der erste Zeuge, Wladimir Burzew, 71 Jahre alt, gilt als einer der besten Kenner der russischen revolutionären Bewegung. In Russland redigierte er die Zeitschrift „Die Vergangenheit“. Eines Tages erschien ein Mitarbeiter dieser Zeitschrift mit den Protokollen. Die Redaktion lehnte es damals ab, sich damit zu beschäftigen. Burzew kam zur Uebersetzung, daß es sich um eine Fälschung handle. Als Ursprung der Fälschung nannte, wie der Zeuge darlegte, die eine Version Raschkowitschs und Solowinitschs, eine andere Version beschuldigte einen gewissen Manujlow. Nilus ist nach Ansicht des Zeugen ein Mittelding zwischen Fälscher und Fanatiker. Er wußte übrigens um die Fälschung der Protokolle, machte aber dennoch Gebrauch von ihnen. Der Zar selbst habe die Protokolle verboten. Der Zeuge habe das von General Wlobitschow, einem früheren Polizeibeamten, erfahren. Wlobitschow habe die Behauptung aufgestellt, daß die Protokolle in den Jahren 1896—1900 im Ausland gefälscht worden seien.

Als nächster Zeuge erscheint der 50jährige Boris Nikolajewitsch. Als Historiker beschäftigte er sich auch mit den Protokollen. Sie seien, so führte er aus, von einem Juden namens Schapiro aus dem Archiv einer französischen Freimaurerloge in Paris gestohlen worden. Durch Vermittlung einer russischen Agentin kamen sie nach Russland. In den jüdischen Kreisen herrschte keine besondere Sympathie für den Bolschewismus. In der neuesten Zeit seien unter den Bolschewisten nur zwei oder drei jüdische Führer zu finden. Für die Feststellung der Herkunft der Protokolle kämen nur die russischen Fassungen in Frage, denn alle anderen Ausgaben seien aus dem Russischen überleitet.

Präsident: „In welcher Sprache sind denn die Protokolle geschrieben, Herr Fischer?“ — Fischer: „Das weiß ich nicht.“ (Heiterkeit.) — Präsident: „Wer soll es denn wissen, wenn nicht Sie? Sie müssen doch wenigstens Angaben über den Originaltext machen können.“ — Fischer: „Ich meinte das Stenogrammprotokoll von 1897.“ — Präsident: „Das werden wir morgen herbeischaffen.“ — Brunschwig: „Führt nicht die Verbreitung der Protokolle zu jüdenfeindlichen Rundgebeten?“ — Zeuge Nikolajewitsch: „Ja wohl, das war der Fall.“ — Fischer: „Der Gerichtsschreiber möge zu

Protokoll nehmen, daß der Zeuge vorhin aus sagte, die Juden würden von den Freimaurern regiert.“ — Der Zeuge: „Das habe ich gar nicht behauptet.“

Fischer beschwert sich nochmals über die Schwärzung seiner Parteirechte. In 12 Wochen werde er das Beweismaterial beibringen. Fürsprecher Ruff kündigt einen allfälligen Antrag auf Beweisergänzung an (Einholung einer Expertise).

## Genossenschaft

Kommunistische Partei. Schaffhausen, 29. Okt. ag Die zentrale Leitung der kommunistischen Partei-Opposition der Schweiz begrüßt laut „Schaffhauser Arbeiterzeitung“ die Herausbildung und den Kampf des linken Flügels innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und erklärt sich bereit, im Rahmen der verfügbaren Kräfte und Möglichkeiten die Genossen der Linken in der S. P. S. brüderlich in ihrem Kampfe gegen den Rechtskurs und die drohende Verbürgerlichung der Sozialdemokratischen Partei und Politik zu unterstützen.“ Die Leitung der K. P. O. hat beschlossen, das Referendum gegen die Verlängerung der Rekrutenschulen zu unterstützen und sich an der Unterschriftensammlung zu beteiligen.

## Lothales

Aus Konjunkturkreisen. Aus Luzern kommt die Nachricht, daß dort am vergangenen Samstag Dr. Rodolph Kiegel, brasilianischer Konsul in Zürich, im 47. Altersjahr gestorben ist. Der Verstorbene, der der Schweiz mit besonderer Liebe zugewandt war und in Zürich sehr geschätzt wurde, war zuerst im Auswärtigen Amt in Rio de Janeiro tätig und später im Konsulardienst in Oslo und Cadix. Im April 1930 wurde er nach Zürich versetzt, wo er seither das hiesige Konsulat der Vereinigten Staaten von Brasilien leitete. In einer Luzerner Klinik erlag er einem schweren Leiden. Die Leiche wird in seine Heimat übergeführt.

Vorlesungen. Wir notieren die Vorlesung des Privatdozenten Dr. Gottfried Jedlicka, die noch nicht im Vorlesungsverzeichnis der Universität steht: Europäische Malerei des 19. Jahrhunderts in Einzelwerten. Freitag 6—7 Uhr, Hörsaal Nr. 103.

Korpsmusik der Stadtpolizei. sp. In den Räumen des Casinos Auerhahn veranstaltete am 27. Oktober die Korpsmusik der Stadtpolizei ihr mit Unterhaltungsabend verbundenes Herbstkonzert. Aus bescheidenen Anfängen hervorgegangen, hat sich dieses unter der tatkräftigen Leitung des ebenfalls im Polizeidienst stehenden Militärmusik-Instruktors E. Schaub stehende, nimmere mit vierzig geübten Musikern aufblühende, in den melodieführenden Stimmen und den Sapphon-Registern besonders gut besetzte Korps zu einem Klangkörper emporgeschwungen, der alle guten Eigenschaften eines Fanfare-Orchesters in sich vereinigt. Nicht nur bei den melodischen Unterhaltungsstücken, auch beim Vortrag der Ouvertüre zu „Fra Diavolo“ und einer umfangreichen Fantasie aus dem „Barbier von Sevilla“ kamen das korrekte Zusammenwirken der verschiedenen Stimmgruppen sowie die Beweglichkeit und Sicherheit im Zusammenpiel bestens zur Geltung. Montegazzis Freiburger Schützenfestmarsch leitete über zu dem mit Begrüßungsansprache, Ehrungen und artistischen Attraktionen gewürzten unterhaltenden Teil.

## Unglücksfälle und Verbrechen

Sturz über eine Felswand. Luzern, 29. Okt. ag Der neunjährige Knabe Walter Bucheli in Ariens, der auf der Höhe des Sonnenbergs am Ariens mit Kameraden spielte, stürzte über eine Felswand in die sogenannte Wolfsschlucht, wo er mit schweren Verletzungen aufgehoben werden mußte. Er starb bald darauf.

Brandstiftung. Muri (Aargau), 29. Okt. In der Nacht zum Montag etwa um halb 1 Uhr brannte die zu 12 300 Fr. versicherte Schweineeichene der kantonalen Arbeitskolonie Murimoo fast vollständig nieder. Der größte Teil der Fährhabe, zwei Muttereschweine und sieben Ferkel blieben in den Flammen. Es liegt böswillige Brandstiftung vor. Der 21jährige Kolonist Hans Benz von Wettingen hat in angetrunkenem Zustand das Feuer gelegt.

Unfälle beim Holzfällen. Amden, 29. Okt. ag Der jungverheiratete Arbeiter Jakob Böhl wurde beim Holzen von einem fallenden Baum so schwer verletzt, daß er im Spital starb. Weinelden, 29. Okt. ag In Ober-Opfikon ist der 75 Jahre alte ledige Gottfried Oppikoff beim Baumfällen tödlich verunglückt, indem er unter einen stürzenden Baum geriet und erdrückt wurde.

Motorrad und Auto. Bevely, 29. Okt. ag Der in Laufnane wohnende Gerber Ebnard Perrenoud stieß auf der St. Antoine-Brücke in Bevely auf seinem Motorrad in voller Fahrt gegen ein aus entgegengesetzter Richtung daherfahrendes Automobil und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er kurz darauf verschied.

Tod durch Stenochlag. Disentis, 29. Okt. ag Im Weiler Laus, Gemeinde Sonvix, wurde der zwölfjährige Knabe Franz Bearth von seinen Eltern beauftragt, nach Ziegen zu suchen, die sich auf einem ziemlich hohen Bergkamm verlaufen hatten. An einem steilen Abhang wurde der Knabe von einem Stein getroffen, den eine Ziege auf der Höhe des Berges losgelöst hatte. Der Knabe blieb verletzt liegen und wurde erst einige Stunden später gefunden und ins Tal gebracht; doch starb er auf dem Transport.

### Orkan über Island

Berlin, 29. Okt. pt Wie die Blätter aus Stockholm melden, raste über Island ein orkanartiger Sturm hinweg. Die Berichte über die Verwüstungen sind noch sehr mangelhaft, weil vielerorts die telegraphischen und telephonischen Leitungen zerstört worden sind. Aus Siglufjord wird gemeldet, daß das nordwestliche Fischerfahrzeug „Kongshaug“ im Fjord gestrandet sei. In der Stadt sind große Ueberschwemmungsschäden entstanden. Der Schaden wird auf mehrere hunderttausend Kronen geschätzt. Ein Fischerboot aus Siglufjord mit fünf Mann Besatzung wird vermisst. Im südlichen Teil von Island war die Windstärke so enorm, daß ein Lastkraftwagen umgeworfen wurde.

## Sport

### Reiten

Coneours hippique in Genf. ag Am diesjährigen Coneours hippique internationale, der am 30. Oktober beginnt, beteiligen sich Reiter aus der Schweiz, aus Frankreich, Deutschland, Oesterreich, Belgien, Holland und Italien. Die Gesamtpreissumme beträgt 25 000 Fr.; 44 Reiter mit 90 Pferden sind gemeldet.